



# **Niederschrift**

## **Finanzausschuss**

20. Wahlperiode – 19. Sitzung

am Donnerstag, dem 19. Januar 2023, 10 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Lars Harms (SSW), Vorsitzender

Hauke Hansen (CDU)

Dagmar Hildebrand (CDU), in Vertretung von Rasmus Vöge

Volker Nielsen (CDU), in Vertretung von Michel Deckmann

Ole-Christopher Plambeck (CDU)

Sönke Siebke (CDU), in Vertretung von Rixa Kleinschmit

Malte-Jannik Krüger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), in Vertretung von Oliver Brandt

Lasse Petersdotter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Birte Pauls (SPD), in Vertretung von Birgit Herdejürgen

Beate Raudies (SPD)

Annabell Krämer (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>		<b>Seite</b>
<b>1.</b>	<b>Errichtung des Max-Rubner-Instituts: Zustimmung zum beurkundeten Grundstückskaufvertrag gemäß Ziffer 4.9 der VV zu § 64 LHO</b>	<b>5</b>
	Vorlage des Wissenschaftsministeriums Umdruck 20/621	
<b>2.</b>	<b>Sachstandsbericht zum digitalen Personalmanagement</b>	<b>6</b>
	Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 20/580	
<b>3.</b>	<b>Jährlicher Bericht zur Kostenentwicklung der Sanierungsmaßnahmen des Bildungszentrums der Steuerverwaltung (BiZ Malente)</b>	<b>8</b>
	Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 20/467	
<b>4.</b>	<b>Umsatzsteuerbefreiung für Volkshochschulen</b>	<b>9</b>
	Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 20/399	
	<b>Bildung bezahlbar erhalten – die Umsatzsteuerbefreiung von Volkshochschulen muss bestehen bleiben</b>	<b>9</b>
	Alternativantrag der Fraktion der SPD Drucksache 20/445	
<b>5.</b>	<b>Freibeträge bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer anheben</b>	<b>10</b>
	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 20/501	
<b>6.</b>	<b>Entwurf eines Gesetzes über die Einführung einer pauschalen Beihilfe für gesetzlich krankenversicherte Beamtinnen und Beamte</b>	<b>11</b>
	Gesetzesentwurf der Fraktionen von SPD, FDP und SSW Drucksache 20/111	
<b>7.</b>	<b>Information/Kennntnisnahme</b>	<b>12</b>
<b>8.</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>13</b>
<b>9.</b>	<b>Erörterung Betrauungsakt UKSH</b>	<b>14</b>
	Sprechzettel des Wissenschaftsstaatssekretärs Umdruck 20/649	

**10. DIAKO Krankenhaus Flensburg**

**16**

(nicht öffentlich und vertraulich gemäß Artikel 23 Absatz 3 Satz 3  
Landesverfassung in Verbindung mit § 17 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 der  
Geschäftsordnung)

Der Vorsitzende, Abgeordneter Harms, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung mit der Maßgabe gebilligt, dass die Tagesordnungspunkte 4, 5 und 7 von der Tagesordnung abgesetzt werden und Tagesordnungspunkt 9 nach Tagesordnungspunkt 1 beraten wird.

**1. Errichtung des Max-Rubner-Instituts: Zustimmung zum beurkundeten Grundstückskaufvertrag gemäß Ziffer 4.9 der VV zu § 64 LHO**

Vorlage des Wissenschaftsministeriums  
[Umdruck 20/621](#)

Wissenschaftsstaatssekretär Wendt führt in die Vorlage ein. Auf Fragen des Abgeordneten Petersdotter antwortet er, es gebe eine sehr gute Kooperation zwischen Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Stadt, Land und allen weiteren Beteiligten. Der Bebauungsplan der Landeshauptstadt Kiel werde Ende Januar 2023 rechtskräftig. Die GMSH koordiniere die Baumaßnahmen. Die Aufteilung der Fläche sei sowohl mit dem Studierendenwerk als auch mit allen anderen ansiedlungswilligen Institutionen abgesprochen (Rechenzentrum, Forschungsgebäude der CAU, Mensa, Kita, Wohnheimplätze). Die Ansiedlung des Instituts werde von allen Institutionen als gute Weiterentwicklung angesehen.

Einstimmig erteilt der Finanzausschuss die mit [Umdruck 20/621](#) erbetene Zustimmung.

## 2. Sachstandsbericht zum digitalen Personalmanagement

Vorlage des Finanzministeriums  
[Umdruck 20/580](#)

Finanzstaatssekretärin Dr. Torp führt in die Vorlage ein.

Der Vorsitzende legt Wert darauf, dass Sprachkenntnisse von Beschäftigten der Landesverwaltung offensiv abgefragt und abgespeichert würden, um Verwaltungen möglichst bürgerfreundlich und sprachlich breit aufzustellen.

Herr Bremer, Leiter des Referats Digitales Personalmanagement im Finanzministerium, versichert, dass Kenntnisse und Fähigkeiten von Landesbeschäftigten (zum Beispiel Sprachkenntnisse in Friesisch), sofern die Beschäftigten sie angäben, in KoPers erfasst würden und für Auswertungszwecke zur Verfügung stünden.

Abgeordnete Raudies bittet das Finanzministerium, eine Gesamtrechnung von KoPers vorzulegen sowie die finanziellen und personellen Auswirkungen der Einführung von KoPers darzustellen. Sie spricht sich dafür aus, auch das Personal der Hochschulen über KoPers zu verwalten.

Herr Bremer bestätigt, dass die Hochschulen ihre Personalverwaltungs-Softwarelösungen auch in Zukunft nutzen dürften (Hochschulautonomie). Allerdings werde das gesamte Hochschulpersonal seit 2018 über KoPers abgerechnet. Die Muthesius Kunsthochschule und die Fachhochschule Westküste seien dem KoPers-Verbund beigetreten, die Universität zu Lübeck habe Interesse bekundet. Man prüfe, ob KoPers die besonderen Anforderungen der Hochschulen erfüllen könne und inwieweit Schnittstellen erforderlich seien, und sei mit allen Hochschulen im Gespräch.

Abgeordnete Krämer fragt, wann die Beschäftigten ihre Verdienstabrechnung digital abrufen könnten, welche Kosteneinsparungen damit verbunden seien, ob ein Verzicht auf den Papierversand rechtlich zulässig sei und wie sich die Kosten von KoPers in den nächsten Jahren entwickelten.

Herr Bremer antwortet, bei der Reduzierung von Fehlern habe man deutliche Verbesserungen erreicht. Den digitalen Abruf der Verdienstabrechnung habe man erfolgreich erprobt; wenn er flächendeckend eingeführt werde, könne man auf den Druck und Versand der Abrechnungsblätter komplett verzichten und erhebliche Einsparungen erzielen.

Der Finanzausschuss dankt den mit der Umsetzung von KoPers befassten Personen, nimmt [Umdruck 20/580](#) zur Kenntnis und erwartet den nächsten Bericht mit Stand 31. Dezember 2023.

**3. Jährlicher Bericht zur Kostenentwicklung der Sanierungsmaßnahmen des Bildungszentrums der Steuerverwaltung (BiZ Malente)**

Vorlage des Finanzministeriums  
[Umdruck 20/467](#)

Staatssekretärin Dr. Torp teilt mit, das Bebauungsplanverfahren zur Erweiterung des Bildungszentrums laufe, das Artenschutzgutachten liege vor, die Vorlage des Entwässerungskonzepts stehe noch an. Sobald der B-Plan beschlossen und das Zielkonzept finalisiert sei, könne die Ausschreibung erfolgen.

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies ergänzt Herr Voß, stellvertretender Referatsleiter im Finanzministerium, man gehe davon aus, dass die Gemeinde den Satzungsbeschluss im ersten Quartal 2023 fassen und man den Planungsauftrag im Sommer 2023 erteilen und ein bis zwei Jahre später mit dem Bau beginnen könne.

Auf eine weitere Frage der Abgeordneten Raudies erwidert Herr Lahrssen, stellvertretender Leiter der Steuerabteilung im Finanzministerium, für die Unterbringung der Steueranwärterinnen und Steueranwärter stünden auch in der Umbauphase hinreichend Betten zur Verfügung. Die Fortbildung finde auch in Neumünster und in den vier Kooperationsräumen statt, auch um weite Anfahrten zu vermeiden.

Der Finanzausschuss nimmt [Umdruck 20/467](#) zur Kenntnis.

#### **4. Umsatzsteuerbefreiung für Volkshochschulen**

Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
[Drucksache 20/399](#)

**Bildung bezahlbar erhalten – die Umsatzsteuerbefreiung von Volkshochschulen muss bestehen bleiben**

Alternativantrag der Fraktion der SPD  
[Drucksache 20/445](#)

(überwiesen am 25. November 2022 an den **Finanzausschuss** und den Bildungsausschuss)

Der Finanzausschuss vertagt die Beratung.

**5. Freibeträge bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer anheben**

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 20/501](#)

(überwiesen am 28. September 2022)

Der Finanzausschuss vertagt die Beratung.

**6. Entwurf eines Gesetzes über die Einführung einer pauschalen Beihilfe für gesetzlich krankenversicherte Beamtinnen und Beamte**

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, FDP und SSW  
[Drucksache 20/111](#)

(überwiesen am 31. August 2022)

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies teilt Finanzministerin Heinold mit, die Landesregierung plane, dem Landtag zur Julitagung 2023 einen Gesetzentwurf zur Änderung des Landesbeamtengesetzes vorzulegen, der besondere Situationen auch in der Krankenversicherung berücksichtige (entsprechend dem Landtagsbeschluss zu [Drucksache 20/160](#) (neu)).

Mit den Stimmen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von SPD, FDP und SSW empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf [Drucksache 20/111](#) abzulehnen.

## **7. Information/Kennntnisnahme**

Es liegen keine Umdrucke vor.

## **8. Verschiedenes**

a) Am 2. Februar 2023 tagt die Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung.

b) Der Finanzausschuss beschließt, Mitte des Jahres 2023 ein Gespräch mit Vertretern der Volksbanken Raiffeisenbanken zu führen. Der Ausschuss fasst ins Auge, im Laufe des Jahres 2023 auch ein Gespräch mit den Sparkassen zu führen.

## 9. Erörterung Betrauungsakt UKSH

Sprechzettel des Wissenschaftsstaatssekretärs  
[Umdruck 20/649](#)

Wissenschaftsstaatssekretär Wendt führt in die Thematik ein. Auf Wunsch der Abgeordneten Raudies wird sein Sprechzettel nach der Sitzung als [Umdruck 20/649](#) veröffentlicht.

Abgeordnete Raudies fragt die Landesregierung, ob ein Betrauungsakt für das UKSH wirtschaftlich sinnvoll sei, wenn das Land es mit einer zusätzlichen Aufgabe betraue.

Finanzministerin Heinold und Rechnungshofpräsidentin Dr. Schäfer erinnern daran, dass die Frage des Betrauungsakts im Rahmen des Gutachtens zum Ausgleich des coronabedingten Defizits des UKSH aufgeworfen worden sei. Präsidentin Dr. Schäfer regt an, die Frage des Betrauungsakts an den Wissenschaftsrat weiterzuleiten, der das UKSH zurzeit begutachte.

Herr Weber, Leiter des Referats Hochschulmedizin im Wissenschaftsministerium, stellt klar, wenn man dem UKSH über die Aufgabe in § 83 Absatz 1 Hochschulgesetz (Krankenversorgung verbunden mit Forschung und Lehre) hinaus Aufträge erteilen würde, dann müsste man einen Betrauungsakt vornehmen. Dies setze einen Markt, die Feststellung eines Marktversagens und die Durchführung eines wettbewerblichen Verfahrens voraus. Für die Sicherstellung von Forschung und Lehre in der klinischen Medizin und der damit verbundenen universitären Krankenversorgung gebe es aber keinen Markt.

Auch Staatssekretär Wendt betont noch einmal, das UKSH übernehme nur Leistungen, die durch das Hochschulgesetz gedeckt seien und Forschung und Lehre dienten. Insofern sei ein Betrauungsakt nicht erforderlich.

Abgeordnete Raudies fragt, ob man das UKSH auch mit Aufgaben, die durch das Hochschulgesetz gedeckt seien, außerhalb von Kiel und Lübeck betrauen könne.

Staatssekretär Wendt antwortet, die Aufgabenwahrnehmung sei grundsätzlich standortunabhängig. Die Geburtshilfe beispielsweise diene der Ausbildung der Hebammen; damit sei eine direkte Verbindung zu Forschung und Lehre gegeben. Er sagt zu, die Empfehlung des Gutachters gegenüber dem Wissenschaftsrat anzusprechen.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**10. DIAKO Krankenhaus Flensburg**

(nicht öffentlich und vertraulich gemäß Artikel 23 Absatz 3 Satz 3  
Landesverfassung in Verbindung mit § 17 Absatz 1 Satz 3 und Ab-  
satz 2 der Geschäftsordnung)

Dieser Tagesordnungspunkt wird von 11:15 bis 11:30 Uhr in vertraulicher Sitzung beraten  
(siehe vertraulichen Teil der Niederschrift).

Der Vorsitzende, Abgeordneter Harms, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um  
11:15 Uhr.

gez. Lars Harms  
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt  
Geschäfts- und Protokollführer